

Geteiltes Land

Tageblatt-Serie zum Mauerfall: Eine Grenze entsteht



Unüberwindbar sollte die innerdeutsche Grenze sein: Bereits in den 60er-Jahren teilte ein Stacheldrahtzaun das Eichsfeld, hier mit Wachturm bei Ecklingerode.

Universität Utrecht

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 1: Die Teilung

VON CLAUDIA NACHTWEY

Als Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in die Besatzungszonen der Siegermächte eingeteilt wurde, rechnete noch niemand mit dem Ausmaß wenige Jahre später: 40 Jahre lang wurden Freunde und Familien oder historisch zusammengewachsene Regionen wie das Eichsfeld durch ein streng bewachtes Bollwerk getrennt.

Zunächst konnte jeder ungehindert über die sogenannte Demarkationslinie in die jeweils andere Zone wechseln. Erst die in den Nachkriegsjahren ansteigende Kriminalität und der Schmuggel machten für die Siegermächte Kontrollen an der noch grünen Grenze erforderlich. Doch der Kalte Krieg zwischen den Ost- und Weststaaten verwandelte die Zonengrenze auch in die geografische Scheide zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

„An der innerdeutschen Grenze folgte ab 1952 und dann verstärkt ab 1961 ein systematischer und lückenloser Aufbau von

Grenzsperreanlagen“, erklärt Ben Thustek, pädagogischer Leiter des Grenzlandmuseums Eichsfeld am ehemaligen Duderstadt und Teistungen. „Angefangen mit Minenfeldern wurden wenig später Stacheldraht, Metallgitterzäune, Stahlbetonmauern, Sperrgräben, Stolperdrähte, Selbstschussanlagen, Lichtsperrn und weitere Warnsysteme aufgebaut“, beschreibt er die rigorosen Maßnahmen, die den DDR-Bürger daran hindern sollten, in den freiheitlich und wirtschaftlich besser aufgestellten Westen Deutschlands abzuwandern. Allerdings sei nur ein Teil der Grenze mit Minen bestückt worden, nämlich die Abschnitte, die nicht immer einsehbar waren oder nur schwer bewacht werden konnten.

„Zudem wurden Wachtürme, Erdbeobachtungsbunker, Hundelaufanlagen und Kolonnenwege angelegt und ein Meldernetz etabliert, so dass die Grenze bis Mitte der 80er-Jahre perfektioniert wurde. In der Regel war es besonders ab 1961 recht schwer, die Grenze zu überwinden, auch weil Grenztruppen ständig Wache schoben“, erläutert Thustek.

Zunächst sei die Grenze von Volkspolizisten bewacht worden, ab Ende der 50er-Jahre patrouillierten bereits die Grenz-

truppen der Nationalen Volksarmee (NVA). Die wurden mit Kalaschnikows (AK 47) ausgestattet und hatten den Befehl, „Grenzverletzer“ festzunehmen und von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Nachdem im Eichsfeld bei Kriegsende zunächst US-Truppen einmarschiert waren, übernahmen ab Juli 1945 die Briten und Sowjets die Überwachung der Demarkationslinie. Mit dem Wanfrieder Abkommen im September 1945 wurde eine Grenzveränderung zwischen den Siegermächten vereinbart.

Änderung der Grenze

Grund dafür war der Verlauf der Bahnstrecke, über welche die Versorgung der US-Truppen gesichert war. Der Abschnitt Bebra-Göttingen der Nord-Süd-Verbindung führte etwa drei Kilometer durch die sowjetische Besatzungszone. Nach dem Wanfrieder Abkommen fiel die Strecke an die westlichen Siegermächte, dafür kamen die Eichsfelder Orte Asbach, Sickenberg, Vatterode, Hennigerode und Weidenbach unter sowjetische Verwaltung. Veränderungen des ursprünglichen Grenzverlaufs wurden auch bei Fuhrbach zwischen Briten und Russen vereinbart, und der größte Teil des Du-

derstädter Stadtwaldes kam zur Sowjet-Zone.

Ein Überschreiten der jeweiligen Zonen war zwar verboten, aber diese ungewohnte Landteilung ging nicht sofort in die Köpfe der grenznahen Bewohner. Bauern bestellten ihr Land über die Grenze hinaus, viele Bürger gingen weiter ihrer Arbeit im Nachbarort nach oder besuchten ihre Verwandten im Westen, und Soldaten der Roten Armee begingen Fahnenflucht. Also forderten die Sowjets bereits 1946 die komplette Sperrung der Zonengrenzen. In allen Besatzungszonen wurden deutsche Zoll- oder Grenzpolizeiformationen gebildet. In der Bundesrepublik wurde 1951 der Bundesgrenzschutz (BGS) als Polizeisonderformation ins Leben gerufen. In Duderstadt bezogen ab 1956 BGS-Soldaten den Stützpunkt am Euzenberg.

Nach dem Staatsvertrag 1955 mit der Sowjetunion bezeichnete die SED die Demarkationslinie offiziell als Staatsgrenze. Eine Grenzüberschreitung wurde für DDR-Bürger zunehmend lebensgefährlich. „Die Dunkelziffer in Bezug auf Fluchten ist relativ hoch. Die meisten Unterlagen für die innerdeutsche Grenze sind kaum gesichtet. Wir wissen im Eichsfeld von elf Flüchtlingen, die die Flucht nicht

überlebt haben“, sagt Thustek. Im Vergleich: Im Hinblick auf die Berliner Mauer wisse man von 138 Toten. Die Zahl der Opfer an der Grenze schwanke sehr stark, man gehe von 450 bis 900 Toten aus. Zurzeit laufe ein bundesweites Forschungsprojekt.

Erst als auch die Bundesrepublik mit dem Grundlagenvertrag von 1972 den Staat der DDR anerkannte, kam es 1973 zur Öffnung des „kleinen Grenzverkehrs“. Westbürger durften nun mit einem Visum einreisen, mussten sich aber die Repressalien an den Kontrollstellen gefallen lassen. Für Ostbürger wurde eine Reise in den Westen nur unter ganz besonderen Umständen genehmigt.

Auch zwischen Duderstadt und Worbis entstand ein von DDR-Seiten scharf kontrollierter Grenzübergang. Bis zum Mauerfall 1989 haben allein im Eichsfeld 5,5 Millionen Reisende die Grenze passiert.

Weitere Informationen zur Grenze im Eichsfeld gibt es in dem Ausstellungsbelegband „Grenzlandmuseum Eichsfeld“, erschienen bei Mecke Druck und Verlag, oder im Internet auf der Homepage grenzlandmuseum.de.

Aufruf: Schicken Sie Bilder, erzählen Sie uns Ihre Geschichte!



Gleise ins Nirgendwo. Nikolaus



Wachturm an der Roten Warte.



Unerreichbar: Die Ziegelei in Zwinge liegt hinter dem Zaun.



Gut bewacht: Die B 247 bei Teistungen wird kontrolliert.



Grenze bei Ecklingerode in den 60er-Jahren: BGS-Beamter blickt mit dem Fernglas ins thüringische Eichsfeld.

W. Heller



„Ich wollte in den Westen“

Serie „Mauerfall“, Teil 2 / Charlie Rothensee wagt 1963 die Flucht aus der DDR – und wird verraten

Bittere Erinnerungen: Charlie Rothensee zeigt bei Fuhrbach den Weg durch das Soolbachtal, auf dem er vor 51 Jahren in Westdeutschland ankommen wollte.

Richter

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 2: Die Flucht

VON CLAUDIA NACHTWEY

Bis zum November 1989 war es 40 Jahre lang für die meisten ostdeutschen Bürger nicht möglich, den „verheißungsvollen“ Westen zu erreichen. Die Grenze trennte mit Stacheldraht, Minenfeldern und Selbstschussanlagen die DDR vom Westen. Viele wagten dennoch die Flucht aus der DDR-Diktatur und riskierten dabei ihr Leben. Der Brehmer Charlie Rothensee war einer von ihnen – doch sein Fluchtversuch wurde verraten.

„Die Lichten von Fuhrbach haben wir schon gesehen“, sagt Karl-Heinz Rothensee. Doch dann flogen dem damals 19-Jährigen die Kugeln aus dem Maschinengewehr des DDR-Grenzsoldaten um die Ohren. Der Fluchtversuch von sieben jungen Männern aus dem thüringischen Brehme ist verraten worden, ist sich Rothensee heute nach 50 Jahren sicher.

Einen Fluchtplan habe es damals, im schneereichen Februar 1963, nicht gegeben. Ganz spontan „aus einer Bierlaune heraus bei der Rosenmontagsfeier“ haben sich die Sieben zusammengefunden. In den Westen wollten sie. „Ich hatte gerade meine Schlosser-Ausbildung abgeschlossen. Aber die Stimmung in der DDR war unerträglich. Jeder misstraute jedem, jeder wurde ständig von irgendwem überwacht. Wir wollten so nicht leben. Wir waren jung, wollten frei sein und die Welt sehen“,

sagt Rothensee, den viele Eichsfelder als Charlie kennen. Der Westen sei für die DDR-Bürger das „Land der gebratenen Tauben“ gewesen, und die Brehmer hatten Verwandtschaft dort drüben hinter dem Zaun, wussten also, wo sie nach gelungener Flucht unterkommen könnten.

Von Freiheit hatten alle jungen Leute im Sperrgebiet geträumt, meist heimlich hinter verschlossenen Türen. Laut aussprechen durfte man solche Wünsche in der DDR nicht, dann hätte einen die Stasi ins Visier genommen. Aber an diesem Rosenmontag war sich Charlie sicher: heute Abend würde er rüber gehen! Er kannte sich aus im Eichsfelder Sperrgebiet, da er als Schüler oft die Kühe eines Bauern unterhalb des Sonnensteins gehütet hatte. Er wusste, wo man im Soolbachtal unbemerkt den Stacheldrahtzaun durchschneiden und in den Westen flüchten könne.

„Ich war ja vorher schon mal drüben“, sagt Rothensee. Als Sechstklässler sei er bei Ecklingerode am Grenzurm vorbei gerobbt und im Westen gelandet. Aber da er noch Kind war, haben ihn die Beamten vom Bundesgrenzschutz zurückgebracht. „Da ich das schon mal gemacht hatte, dachte ich, die Flucht sei ziemlich einfach, wenn man sich auskennt“, sagt Rothensee.

Viel hatten die sieben Freunde am Rosenmontag 1963 nicht getrunken, „nur etwas, um uns Mut zu machen“, erinnert sich der Brehmer. Sie verließen die Feier, um zu Hause heimlich ein paar persönliche Dinge einzupacken, nur das Nötigste, die Zeugnisse und ein Foto von der Familie. „Die Eltern durften

nichts merken, dann hätten die uns aufgehalten.“ Auch seinen Hirschfänger hatte Charly eingepackt. „Man wusste ja nie, wozu man ein Taschenmesser gebrauchen könnte. Wir hatten uns geschworen, uns zu verteidigen, wenn wir erwischt werden sollten“, sagt Rothensee. Brehme befand sich damals im Sperrgebiet der DDR. Seit 1961 ist der Grenzzaun zum Westen massiv verstärkt worden: Doppelter Stacheldraht, Sperrgräben, Minen und mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) sollten die DDR-Bürger daran hindern, in den freiheitlich und wirtschaftlich so verheißungsvollen Westen abzuwandern.

Charlies Truppe stapfte mitten in der Nacht durch den hohen Schnee. Anstrengend sei das gewesen. Dazu kam die Aufregung – und die Angst. Als die Lichten von Fuhrbach vor den jungen Männern auftauchten, machte sich Erleichterung breit. Sie glaubten, es gleich geschafft zu haben. Vor ihnen lag allerdings noch der 500 Meter breite Schutzstreifen und der zehn Meter breite Todesstreifen der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten.

„Wir konnten nicht sehen, wie viele dort lauerten“

Dann der Ruf: „Stehen bleiben! Hände Hoch!“ Ein Grenzposten trat mit dem Gewehr im Anschlag aus dem Fichtendickicht. „Wir konnten nicht sehen, wie viele dort noch hinter den Bäumen lauerten“, sagt Rothensee. Das Entsetzen steht ihm bei der Erinnerung noch im Gesicht. Heute weiß er, dass die beiden NVA-Soldaten dort auf die Flüchtlinge gewartet hatten. Sie kannten schon die Namen der Männer. Die jungen Brehmer mussten sich in den Schnee legen und wurden durchsucht. Der Hirschfänger kam zum Vorschein. Charlie wusste, dass ihm dieser Fund zum Verhängnis werden würde. Er sprang auf und rannte. Er hörte die Schüsse, die auf ihn abgefeuert wurden. Er wäre weiter gerannt, bis in den Westen – wenn ihn vorher nicht eine der Minen auf dem Todesstreifen erwischen würde. Aber bis dorthin kam er nicht. „Ich konnte



Abgesichert: Der Grenzstreifen in den 1960er Jahren an der Roten Warte bei Fuhrbach.

Nikolaus

nicht mehr. Ich war so erschöpft, dass ich nicht weiterlaufen konnte.“ Erst als der NVA-Soldat ihm den Stiefel in den Nacken stemmte und sein Magazin wechselte, wurde dem Flüchtling klar, wie knapp er dem Tod entkommen war. Rothensee schüttelt immer noch ungläubig den Kopf bei den aufsteigenden Bildern der Vergangenheit.

Drei Jahre verbrachte Charlie im Zuchthaus. „Wegen meines Taschenmessers hieß es, ich sei bewaffnet gewesen. Mir konnte ein sogenannter gewaltsamer Grenzdurchbruch vorgeworfen werden. Außerdem wurde ich als Anführer unserer Gruppe betrachtet. Ich saß mit Mördern in einer Zelle. Vom Anstaltsleiter bekam ich zu hören, dass ihm die Kapitalverbrecher zehnmal lieber seien, als ein Staatsfeind wie ich“, beschreibt Rothensee die Anfeindungen, die ihm entgegengebracht wurden. Erst Jahre nach seiner Entlassung erfuhr er, dass jemand die Flucht der sieben jungen Männer verraten hatte, aber ihm wurde nicht gesagt, wer der Verräter war. „Das ist auch besser so. Ich weiß nicht wie ich reagiert hätte, wenn ich den Namen wüsste.“

Die anderen aus der Gruppe hatten bereits ihre Haftstrafen verbüßt, als Charlie 1967 aus dem Zuchthaus entlassen wurde. Er bekam wieder eine Anstellung in seinem Beruf als Schlosser im Schacht Bischoffe-

rode – als Brigadier konnte man ihn bestens weiter beobachten. Inzwischen waren aber sein Bruder und sein Schwager in den Westen geflüchtet. „Ich stand ständig unter Kontrolle. Genosse durfte ich nicht werden, und somit auch nicht meinen Meister machen. Aber unser Dorf hat doch trotz allem zusammengehalten. Nach meiner Entlassung haben mir alle auf die Schultern geklopft“, sagt Rothensee. 1967 heiratete er ein Mädchen aus Brehme und gründete eine Familie.

22 Jahre später – er kam gerade von der Mittagsschicht nach Hause – berichtete ihm seine Frau aufgeregt, was im Fernsehen gezeigt wurde: Die Grenze war offen. „Ich wollte in den Westen – mein Leben lang. Nun konnte ich es endlich“, sagt Rothensee. Mit der Familie ist er

nach Seeburg gezogen, Arbeit fand er in Duderstadt.

Als es möglich war, die Stasi-Akten einzublicken, ist Charlie mit seiner Frau nach Erfurt gefahren. „Wir mussten einen Termin beantragen und unsere Ausweise vorzeigen. Ich durfte nur meine Anklageschrift und meine Verurteilung einsehen. Das kannte ich aber schon. Alles andere war zugeklebt und tabu. Es wurde alles überwacht wie in der DDR. Ich will mit all dem nichts mehr zu tun haben“, sagt Rothensee.

Den Zorn seiner Jugend hat er abgelegt und ist vor ein paar Jahren zurückgekehrt in seinen Heimatort Brehme. „Aber die Geschichten aus der DDR-Vergangenheit dürfen nicht vergessen werden. So etwas darf nie wieder geschehen“, hofft Karl-Heinz Rothensee.



Charlie 1963 vor der Flucht...



...und 1967 mit seiner Frau. EF



Heute im Eichsfeld, mitten in Deutschland: Charlie Rothensee.

NR



Grenzkonflikt Pferdeberg

1964 provozieren NVA-Soldaten mit einer Grenzverschiebung Richtung Westen

Presseberichte vor 50 Jahren: Der Bundesgrenzschutz stellt während des Grenzkonflikts auf dem Pferdeberg seinen Befehlsstand an der Gaststätte „Zur Schönen Aussicht“ auf.

Repro: Grenzlandmuseum Eichsfeld

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert sich das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 3: Der Grenzzwischenfall 1964 am Pferdeberg.

VON CLAUDIA NACHTWEY

Eichsfeld. Hochsommer 1964. Die Getreideernte im Eichsfeld läuft auf Hochtouren. Auch die Bauern aus Gerblingerode, Tiftlingerode und Immingenode wollen auf ihre Felder am Pferdeberg. Doch in der Nacht zum 14. August scheint sich die Grenze zur DDR verschoben zu haben.

Holzpfähle markieren das Land, von dem die Bauern dachten, es gehöre ihnen. Mit Maschinengewehren bewaffnete DDR-Grenzsoldaten patrouillieren dort und beanspruchen westdeutschen Boden für das Staatsgebiet der DDR. Am Freitag, 14. August 1964, kommt es zum Grenzzwischenfall auf dem Pferdeberg. Darüber schreibt das Göttinger Tageblatt am Montag, 17. August: „Am Freitag gegen elf Uhr waren ein Offizier und sechs Soldaten der sowjetzonalen Volksarmee im Kreis Duderstadt über die Zonen-grenze etwa 60 bis 150 Meter auf westdeutsches Gebiet vorge-drun-gen und hatten hier an drei Stellen etwa 100 Markierungspfähle eingeschlagen. Das Arbeitskommando wurde von Lastwagen begleitet, auf denen Zonensoldaten Maschinengewehre in Anschlag gebracht hatten... Auf Anweisung der Bundesregierung in Bonn hat der

Bundesgrenzschutz sofort das markierte Gebiet besetzt.“

Ein westdeutscher Zollbeamter hatte die Pfähle entdeckt und informierte sofort den Bundesgrenzschutz (BGS). Mit zwei Schützenpanzerwagen und mit Maschinengewehren bewaffnet zogen nun auch die in Duderstadt stationierten BGS-Beamten zur Demarkationslinie - so wurde die Grenze damals noch von westlicher Seite genannt. Die DDR als eigener Staat wurde noch nicht akzeptiert.

„Der Übergriff hat Unruhe ausgelöst“

Der Pferdeberg wurde 1964 Schauplatz der immerwährenden Brisanz des Kalten Krieges. Dort, wo der Rundweg sonst Spaziergänger lockte, standen sich nun bewaffnete Männer gegenüber. „Der Übergriff hat bei der Bevölkerung des betroffenen Gebietes erhebliche Unruhe ausgelöst“, schreibt die Hannoverische Allgemeine Zeitung (HAZ) am 17. August 1964. Eduard Monzen, damaliger stellvertretender Innendienstleiter in der Stabshundertschaft des in Duderstadt stationierten Bundesgrenzschutzes (BGS), erinnert sich: „Etwa 116 000 Quadratmeter Land auf dem Pferdeberg und am Kutschenberg waren von DDR-Seite mit Pfählen abgesteckt worden.“

Es war Freitagnachmittag. Beim BGS war die halbe Manns-chaft außer dem Bereitschaftszug in die Wochenenddienstbefreiung gegangen. „Das wussten auch die DDR-Grenzer“, sagt

der Tiftlingeröder. „Der Bereitschaftsdienst rückte sofort aus, um diese Stellen zu sichern, denn die Bauern, die hier ihr Ackerland hatten, bangten um ihre Felder und ihre Ernte“, erklärt Monzen.

Auch Johannes Müller aus Gerblingerode, dessen Familie jahrzehntlang die Gaststätte „Schöne Aussicht“ auf dem Pferdeberg betrieb, erinnert sich: „Wir hatten davon gehört, dass die Grenze zur DDR entlang der früheren Landesgrenze der Königreiche Hannover und Preußen verlaufen sollte. Wenn die DDR das nun umsetzen wollte, so würde das Gerblingeröder Sportgelände und einige Felder unserer Bauern zu Thüringen gehören. Die Angst in Gerblingerode war da, auch vor einem bewaffneten Schlagabtausch.“

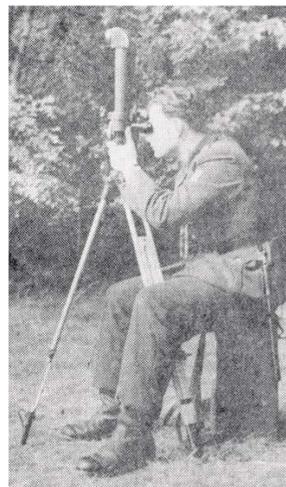
Da das niedersächsische Eichsfeld damals unter die britische Besatzungszone fiel, seien auch die britischen Behörden in Goslar informiert worden, die sofort anreisten. 1945 hatten die Alliierten die Aufteilung der Besatzungszonen durch das Potsdamer Abkommen geregelt. Die Demarkationslinie sollte mit früheren Landes- und Provinzgrenzen übereinstimmen. Allerdings wurde der Verlauf dieser Grenze im Einvernehmen aller Beteiligten an einigen Stellen begrädigt. Mit diesen Abkommen argumentierte das Niedersächsische Innenministerium, um den westlichen Anspruch an den neu mit Pfählen eingrenzten Gebieten geltend zu machen.

Dagegen forderte einer der DDR-Offiziere den BGS auf, seine Beamten aus den gekennzeichneten Gebieten zurück-zuziehen. In der Südhannoverschen Volkszeitung vom 19. August 1964 heißt es, der Offizier sehe keinen Grund zur Aufgabe der Gebiete, die nach dem ge-nauen Verlauf der früheren Landes- und Provinzialgrenzen einwandfrei zum Staatsgebiet der DDR gehörten. Ganz pragmatisch nahmen die BGS-Beamten in Kooperation mit den Briten unter dem Verbindungsoffizier Captain Wilson die Lösung des Problems in die Hand: Sie zogen die Pfähle aus dem Boden und warfen sie zurück auf das DDR-Gebiet. Niemand kam und hinderte sie daran. Wilson nahm auch an der darauf folgenden Sondersitzung des Duderstädter Kreistags teil. Über die dort ge-

fällten Beschlüsse berichtet das Göttinger Tageblatt vom 20. August 1964: „Es bestehe nicht der geringste Anlass, auf die sowjetzonalen Korrekturversuche einzugehen. Der Bundesgrenzschutz werde auch künftig gegen derartige Übergriffe einschreiten. Die Abgeordneten Senzel und Boegehold sahen in der Aktion der Volksarmisten einen Teil der Nadelstichpolitik des Ostens.“

Auf der einen Seite Provokation und Säbelrasseln der Ost- und Westmächte im Kalten Krieg - auf der anderen Seite herrschte bei vielen Bürgern im Westen immer noch der feste Glaube an die deutsche Wiedervereinigung. So zitiert das Göttinger Tageblatt vom 20. August 1964 Landrat Willi Döring: „Die Bevölkerung des Eichsfeldes vertraut darauf, dass bis zur baldigen Wiedervereinigung der Besitzstand an der Demarkationslinie gewahrt bleibt.“ Von der Tragödie der deutschen Teilung ist die Rede.

Die rund um die Uhr währenden Einsätze des BGS auf dem Pferdeberg wurden etwa drei Wochen lang fortgesetzt. Da von der Ostseite keine weiteren Aktionen stattfanden, entspannte sich die Lage allmählich. Noch acht Jahre sollte es dauern, bis beide deutsche Staaten den Grundlagenvertrag unterzeichneten und die BRD damit auch die DDR als souveränen Staat anerkannte. Doch erst 25 Jahre nach dem Zwischenfall auf dem Pferdeberg kam es zur deutschen Wiedervereinigung. Heute erinnern Infotafeln auf dem Pferdeberg an das Geschehen.



BGS-Einsatz: Kontrolle mit dem Scherenfernrohr. Repro: OT

Gespräche mit Zeitzeugen



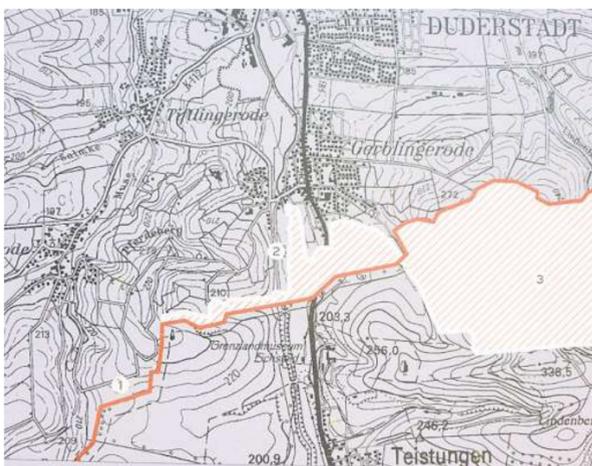
Erinnern sich: Peter Knoll (l.), Johannes Müller am Pferdeberg. OT

Teistungen. Zum 50. Jahrestag des Grenzkonflikts auf dem Pferdeberg haben sich am gestrigen Donnerstag Zeitzeugen im Grenzlandmuseum Eichsfeld getroffen und die aufregenden Tage im August 1964 noch einmal lebendig werden lassen. Nach der Begrüßung durch Horst Dornieden, Bürgermeister von Teistungen, gab Georg Baumert als Leiter der Umweltbildung im Grenzlandmuseum einen Überblick zu den damaligen Geschehnissen.

Peter Knoll war 25 Jahre alt, als er 1964 den Befehl erhielt, mit einem Sonderwagen des BGS auf den Pferdeberg zu fahren. „Das war schon ein beängstigendes Gefühl. Die NVA-Soldaten sind Streife gefahren und haben uns fotografiert“, erinnert sich der ehemalige BGS-Kraftfahrer. Der Gerblingeröder Johannes Müller hatte die Vorfälle damals als Zuschauer auf dem Gelände der heutigen Gaststätte Hahletal beobachtet. „Ich konnte genau hören, wie für die BGS-Beamten der Befehl zum Durchladen und Sichern kam“, sagt er. Helmut Kohrell, 1964 Einheitsführer der

6. Hundertschaft in Duderstadt, erklärt: „Eine geladene Waffe gehörte bei einem BGS-Soldaten zur täglichen Ausrüstung. Aber wir hatten die klare Anweisung, nicht zu schießen.“ Auch der ehemalige BGS-Oberjäger Heinrich Conrads und einstiger Innendienstleiter Gerhard Schröder bestätigten die Befehle: Beobachten, Melden, kein Schusswaffengebrauch und Rückzug bei Gefahr. Doch die Beamten wussten, dass ihre Einheit mit Sonderwagen und Maschinengewehren im Wald lag.

Der langjährige Duderstädter Bürgermeister und heutige Landtagsabgeordnete Lothar Koch (CDU) beobachtete 1964 eine unterschiedliche Analyse des Geschehens in den Medien. Was vor Ort als echte Bedrohung wahrgenommen wurde, wurde in Bonn als einer von vielen Grenzzwischenfällen eingeordnet. Dennoch habe sich auch für die Bonner Politik die besondere Aufgabe des BGS im Eichsfeld bestätigt. Hier sieht Koch die Grundlage für die Entscheidung des späteren Standorts der Bundespolizei in Duderstadt.



Infotafel: Die weiße Linie zeigt die Provinzgrenze Hannover von 1868, die rote die Demarkationslinie von 1945, helle Felder strittige Gebiete. NY

Einreise vor dem Gewehrlauf

Tageblatt-Serie zum Mauerfall-Jubiläum

Teil 4: Der Kleine Grenzverkehr

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 4: Der Kleine Grenzverkehr.

VON CLAUDIA NACHTWEY

„Über 4000 Menschen jubelten, schrien und piffen“, berichtet das Tageblatt vom 22. Juni 1973, einem Donnerstag. Um Mitternacht zwischen dem 21. und 22. Juni wurde die Ampel auf grün geschaltet und die Grenzübergangsstelle (Güst) zwischen Gerblingerode und Teistungen für den sogenannten Kleinen Grenzverkehr freigegeben. Doch dem fröhlichen Volksfest mit Imbissbuden auf der Westseite stand eine „gespenstische Ruhe“ auf der Ostseite gegenüber, berichtet der damalige Tageblatt-Redakteur Hansgeorg Hermann. Den DDR-Grenzsoldaten war es verboten, mit Menschen aus dem Westen zu sprechen.

Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR war es erstmalig seit 20 Jahren für Bundesbürger möglich, einzelne Tage in die DDR zu reisen, um Verwandte und Freunde zu besuchen oder Ausflüge in die grenznahen Kreise zu unternehmen. Bereits am ersten Wochenende nach der Öffnung der Güst waren in Duderstadt die Straßen verstopft und die Polizei im Sondereinsatz.

Allein am ersten Sonntag wurden 6000 Fahrzeuge und 20000 Menschen am Grenzübergang gezählt. 200 Parkmöglichkeiten gab es an der B 247 zwischen Duderstadt und Gerblingerode, 400 weitere auf dem Duderstädter Schützenplatz – und alle waren belegt. Die Einreise mit dem eigenen Pkw in die DDR war erst ab 1974 möglich, so dass die Besucher zunächst in Linienbusse umsteigen mussten.

Der Duderstädter Verleger Helmut Mecke erinnert sich an diese Tage: „Ich war anfangs skeptisch, da ich bereits entsprechende Erfahrungen mit intensiven Kontrollen über die Interzonenautobahn beim Umzug meines Bruders nach Berlin gesammelt habe.“ Die Formalitäten waren für Reisende im Kleinen Grenzverkehr umfangreich. Nur gegen Vorlage eines ausgefüllten Berechtigungsscheins wurde direkt an der Grenze das Visum erteilt. In einer Zoll- und Devisenerklärung musste alles angegeben werden, was der Reisende außer seiner Kleidung bei sich trug. Für eingeführte Geschenke wurden Genehmigungsgebühren berechnet, die zum Teil den Wert der mitgebrachten Waren weit überstiegen. Bis spätestens 24 Uhr eines jeden Tages war die DDR wieder zu verlassen.

Bei der Ausreise musste eine Zählkarte zu „statistischen Zwecken“ ausgefüllt werden. Dabei wurde auch kontrolliert, ob bei

der Einreise aufgelistete Wertgegenstände wie Schmuck, Lederwaren oder Uhren noch im Besitz des Reisenden waren. Und für jeden Tag galt ein Zwangsumtausch von mindestens 25 DM in Ostmark, denn die harte West-Währung war willkommen im sozialistischen Staat.

Bei den DDR-Bürgern waren die West-Waren beliebt, von der Jeans bis zum Kofferradio. Die Bestimmungen von der DDR-Seite waren so umfangreich, dass das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen eine 60-seitige Info-Broschüre herausgab. War der aufwändige Papierkram erledigt, hörten die Schikanen an der Grenze nicht auf. West-Autos wurden geradezu auseinandergenommen, um nach geschmuggelten Waren zu suchen. Mit Spiegeln wurden die Unterseiten der Wagen beleuchtet, Innenverkleidungen abmontiert, und die Reisenden standen

oft beklommen und verängstigt am Straßenrand und warteten, bis ihnen die Einreise von mit Maschinengewehren bewaffneten Soldaten der Nationalen Volksarmee und Stasi-Mitarbeitern erlaubt wurde.

Die Besucher wurden von der DDR-Verwandtschaft angehalten, nirgends laut zu sprechen – überall fürchtete man sich vor Überwachung und Repressalien. Die Rückreise wurde ebenso kontrolliert. Hier wurde weniger Warenschmuggel, sondern Menschenschmuggel – ausreisewillige Ost-Bürger in Kofferräumen oder im Hohlraum unter den Rücksitzen – befürchtet.

Als Mecke Ende August in der Zeitung las, dass der Grenzübergang auch zum Besuch der Leipziger Messe genutzt werden konnte, siegte schließlich die Neugier über die anfängliche Skepsis. Er hatte zusammen mit einem Mitarbeiter eine offensive Werbung zum Besuch der Herbstmesse in einem DDR-Radiosender gehört. Leipzig gehörte allerdings nicht zu den grenznahen Kreisen, die der Kleine Grenzverkehr umfasste, also müssten wohl weitere Anträge gestellt werden. „Mein

Mitarbeiter, der seine Dienstverpflichtung beim Bundesgrenzschutz abgeleistet hatte, setzte sich spontan ins Auto, um am Grenzübergang die Formalitäten für einen Messebesuch zu klären. Ich konnte ihn nicht zurückhalten und glaubte, er kommt so schnell nicht wieder“, erzählt der Verleger.

Umso erstaunter war er, als der Kollege nach etwa zwei Stunden zurückkehrte und erklärte, dass alles ganz einfach sei und nicht mal ein Zwangsumtausch erforderlich wäre. „Daraufhin beschlossen wir, zu viert zur Messe zu fahren, um uns über den neuesten Stand der Drucktechnik im Osten zu informieren“, sagt Mecke. An der Grenzkontrolle wurden die Messebesucher bevorzugt behandelt und in eine gesonderte Fahrspur eingewiesen. Weitere Formalitäten entfielen, jedoch wurden die Duderstädter darauf hingewiesen, bei der Ausreise den Über-

nachtungsbeleg eines Messe-Hotels und die Messe-Eintrittskarte vorzulegen. Als die Gruppe in Höhe des Kyffhäuserdenkmals die 50-Kilometer-Zone des Kleinen Grenzverkehrs überschritt, wurde sie von der Polizei angehalten. Doch als Messebesucher durften die Eichsfelder ihren Weg nach Leipzig fortsetzen. „Die weitere Fahrt beeindruckte uns rein optisch durch die vielen Gegensätze zum gewohnten Standard der Bundesrepublik: Graue, triste Straßen, Häuser, Ortschaften und Fabrikanlagen, und in Halle die Dimensionen der Kasernen in mir bisher unbekannter Größenordnung“, beschreibt Mecke seine Eindrücke.

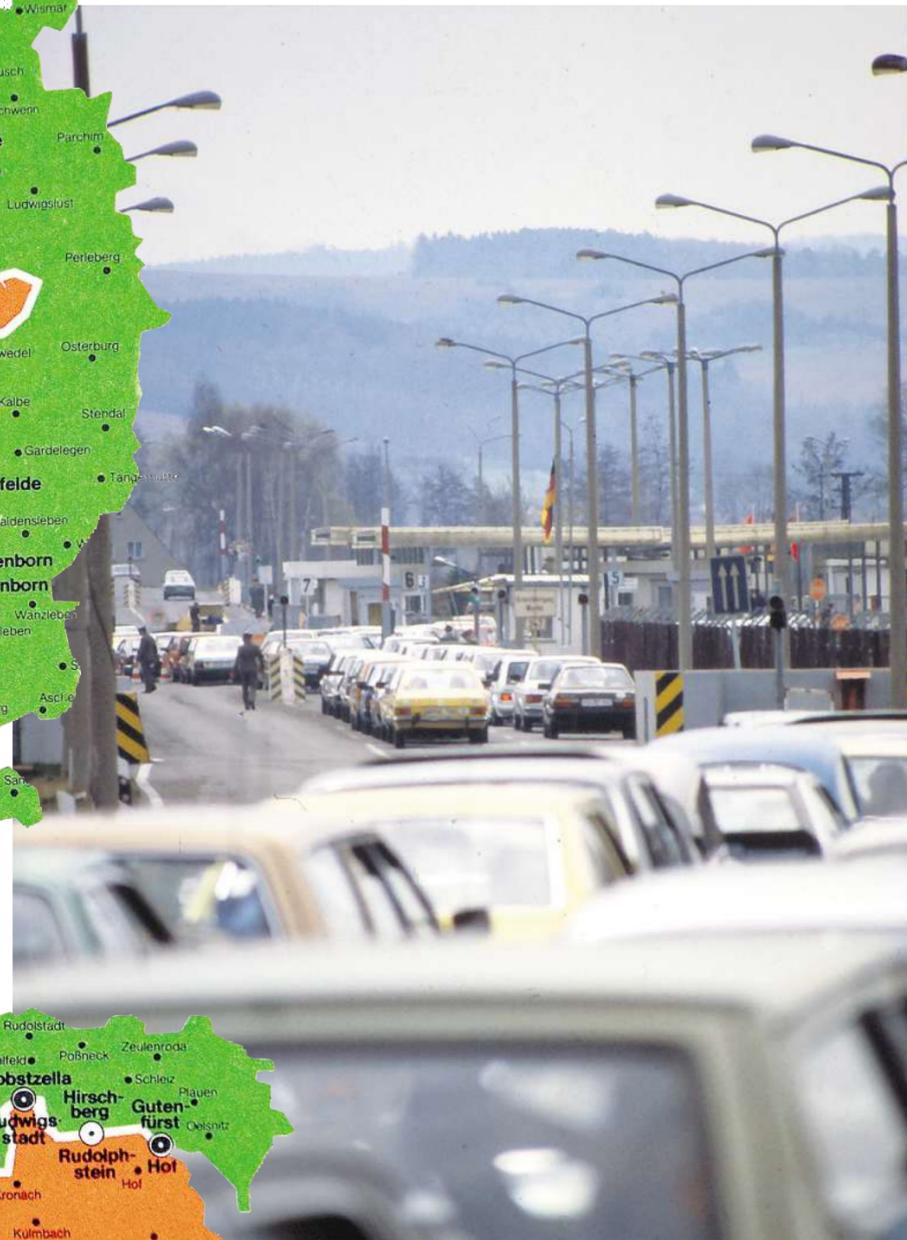
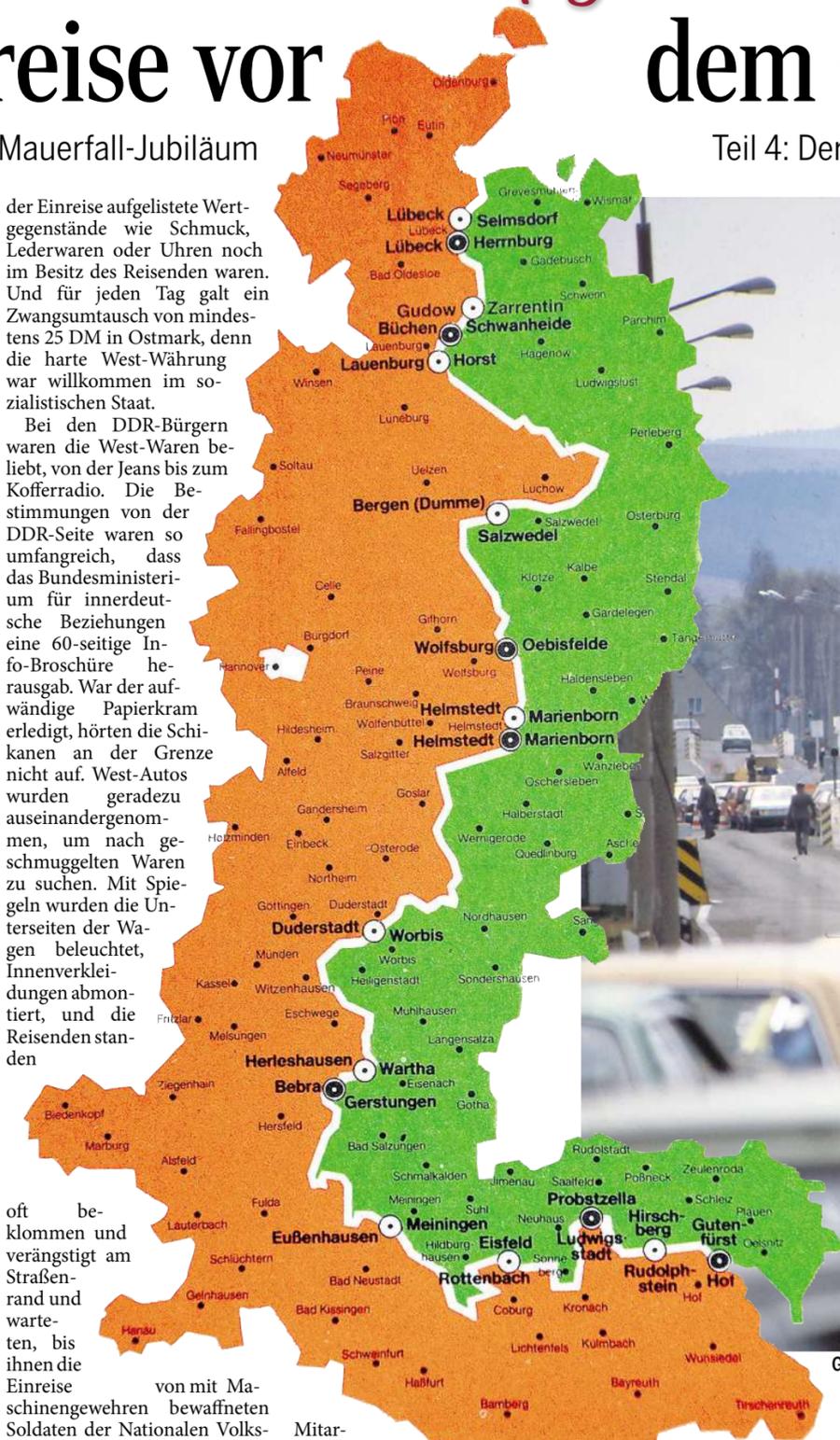
In Leipzig zählte ebenfalls nur die harte West-Währung: 100 DM für ein Doppelstockbett in einem zum Messe-Hotel umfunktionierten Studentenwohnheim, in dem die Gäste morgens um 6 Uhr von den Putzfrauen

aus den Federn gejagt wurden. Eine Gaststätte in der Innenstadt war nur für Besucher aus dem Westen reserviert, und die murrenden Stammgäste wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt. „Bezahlt wurde in DM in einem Nebenraum, wo sich der Ober das Geld zum Teil in die eigene Tasche steckte“, erinnert sich Mecke.

Mit der Messe habe die DDR-Führung laut Mecke weltoffen erscheinen wollen. „Systembedingt kamen auf Ostblockmessen nur wenige Fachbesucher der staatlichen Betriebe, da die Geschäfte in aller Regel zentral getätigt wurden“, sagt Mecke. Aber die Gruppe habe es genossen, mit dem internationalen Standpersonal zu fachsimpeln, da bei westlichen Fachmessen die ausgestellten Produkte wegen des großen Ansturms meistens nur aus der dritten Reihe heraus zu sehen waren. „Durch die doch unkomplizierte Abwicklung an der Grenzkontrollstelle habe ich in den darauf folgenden Jahren auch verschiedentlich die Leipziger Buchmes-

se besucht“, erzählt der Duderstädter weiter. „Ein ganz und gar anderer Eindruck ergab sich aber bei privaten Einreisen im Kleinen Grenzverkehr in die DDR. Besuche waren immer mit dem Gefühl verbunden, als Bundesbürger finanziell ausgenutzt zu werden: Durch den Zwangsumtausch von 25 DM pro Person, den man nicht wirklich ausgeben konnte, durch die Straßengebühr von 5 DM pro Einreise mit dem PKW für das Befahren der überwiegend maroden Straßen, oder die überhöhten Hotelpreise“, beschreibt Mecke seine Eindrücke.

Nachdem die ersten Linienbusse 1973 über die Grenzübergangsstellen rollten, sollte es noch weitere 16 Jahre dauern, bis die friedlichen Demonstrationen der DDR-Bürger den Fall der Mauer bewirkten. In der Nacht des 9. Novembers 1989 rollten die ersten Trabi-Kolonnen über Teistungen Richtung Westen. In den darauffolgenden Wochen wurden an mehreren Stellen im Eichsfeld weitere Übergänge geschaffen.



Grenzübergang: Autoschlangen im Eichsfeld.

Grenzlandmuseum



Trabi an der Güst: Nur Rentner durften reisen.

Grenzlandmuseum



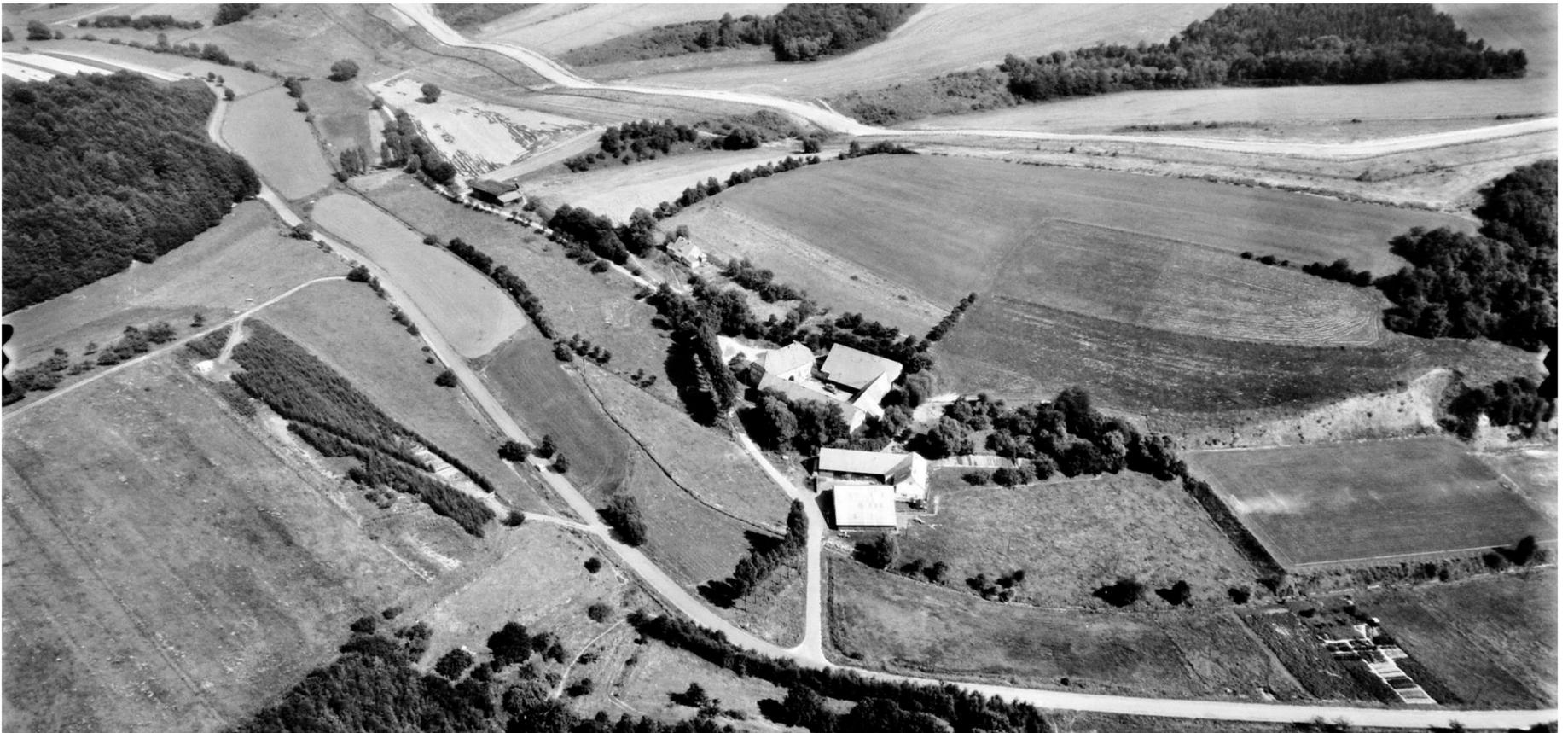
Formalitäten: Viel Papierkram vor Reiseantritt.

IS

INFO

Kleiner Grenzverkehr

Nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR traten am 17. Oktober 1972 die Reiseerleichterungen des Kleinen Grenzverkehrs in Kraft. Nach der Gründung der DDR 1949 hatte die Bewachung der deutsch-deutschen Grenze bis zum Mauerfall 1989 unermessliche Ausmaße angenommen. Doch mit der Einrichtung der Grenzübergangsstellen nach 1972 war es immerhin möglich, mit relativ geringem Aufwand vom Westen in den Osten zu reisen. Den meisten Ostdeutschen wurde die Reise in den Westen jedoch nicht gewährt. Allein im Eichsfeld passierten bis 1989 etwa 5,5 Millionen Reisende den Grenzübergang. Damit war die Güst bei Teistungen eine der am meisten frequentierten Übergangsstellen.



Der Paterhof um 1975: Der breite Streifen im Hintergrund ist die Grenze zur DDR, die ursprüngliche Grenze zwischen dem Königreich Preußen und Thüringen verläuft wenige Meter vor dem Hof.

BGS/Kopie NR

Wohin gehören wir?

Tageblatt-Serie zum Mauerfall-Jubiläum / Teil 5: Leben im Niemandsland

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 5: Leben im Niemandsland

VON CLAUDIA NACHTWEY

„Gehören wir zu Thüringen oder zu Niedersachsen?“ Diese Ungewissheit lag für Familie Hackethal auf dem Paterhof bei Fuhrbach nicht nur in der Verwaltungszugehörigkeit. Jahrzehntelang war nicht geklärt: Liegt der Hof in der DDR oder in Westdeutschland? Die jeweilige Auslegung der Antwort hätte weitreichende existenzielle Folgen für die Bewohner des Paterhofs gehabt.

Familie Hackethal hatte Glück. 1970 wurde der Paterhof in das Duderstädter Grundbuch eingetragen und gehörte somit endgültig zu Niedersachsen. 150 Meter entfernt begann die Grenze zur DDR. Diese Festlegung bedeutete auch die Rettung des imposanten Fachwerkbauwerks von 1752. Hätte es zur DDR gehört, wäre es im Rahmen des Grenzausbaus abgerissen worden – so wie alle Gebäude auf dem Grenzstreifen.

1945 war von den Besatzungsmächten festgelegt worden, dass die Grenze zwischen der sowjetischen und der westlichen Besatzungszone den ehemaligen Landes- und Provinzgrenzen entsprechen sollte. So hätte der Paterhof zu Thüringen gehört. Mit dem Gebietstausch nach

dem Wanfrieder Abkommen zwischen Russen und Amerikanern und den von allen Seiten unterzeichneten Grenzabgrenzungen gehörte der Paterhof nach 1945 zu Niedersachsen.

Doch der Weg ins niedersächsische Grundbuch war mit Sorge und Verlust gepflastert. „Zweimal sind wir hier ausgezogen“, erzählt der 76-jährige Erich Hackethal. Sein Vater Adolf Hackethal hatte die Domäne Paterhof bereits 1925 gepachtet. Seit 1803 gehörte das Anwesen mit seinen Ländereien zum Königreich Preußen, zuvor war es das Vorwerk der Benediktinerabtei Gerode.

Bei Kriegsende im Frühjahr 1945 habe die Familie Angst gehabt. „Kommt der Russe? Das war die Frage, die uns beschäftigte. Mein Vater war weder Nazi noch Kommunist. Doch nach allem, was Hitler den Russen angetan hatte, sind die dann nicht zimperlich mit den Deutschen umgegangen“, sagt Erich Hackethal. Die Familie verließ schweren Herzens den Hof und brachte sich in Sicherheit.

Der Russe kam - und schoss der Sau in den Kopf. Das Schweinefleisch sollte die Soldaten ernähren. „Aber das gleiche haben die Amerikaner mit der Kuh gemacht“, nennt der Landwirt die Verluste. Erst nachdem der Paterhof im September 1945 ins Gebiet der westlichen Besatzungsmächte gefallen war, kehrte die Familie zurück und nahm die gewohnte Arbeit wieder auf. Vater Adolf Hackethal habe ge-

laubt, die Grenze sei nur ein kurzes Zwischenspiel der Siegermächte nach dem Krieg.

„Doch der Russe zog schon ab 1945 den Zaun“, sagt Erich Hackethal. Nun war der Hof durch Stacheldraht von seinen Ländereien getrennt. „Zunächst hatte mein Vater noch die Genehmigung, sein Getreide zu ernten, doch als es soweit war, wurde er nicht mehr auf sein Feld gelassen, das nun hinter dem Zaun lag“, erinnert sich der Sohn. Von den einst 125 Hektar Land waren nur noch 20 Hektar auf westlicher Seite zu erreichen. Die Familie musste weiteres Land dazu pachten, um den Hof bewirtschaften zu können.

Da war die Angst, von der DDR einkassiert zu werden

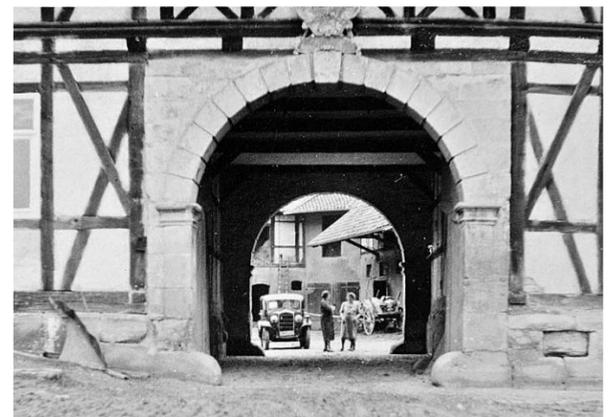
„Es war im Frühjahr 1953. Wir hatten Flachs angebaut. Ich kam gerade aus der Schule und sah, wie ein Trecker der LPG eine breite Spur mitten durch unser Flachsfield grub“, erzählt Erich Hackethal. Die Grenze sollte weiter ausgebaut werden, und da habe die DDR-Seite wohl großzügig zu eigenen Gunsten gemessen. Da es noch keine Grundbucheintragung von der niedersächsischen Seite für den Paterhof gab, stand die Angst im Raum, von der DDR „einkassiert“ zu werden. Man hatte bereits von Enteignungen, Zwangsumsiedlungen und Verhaftungen der grenznahen Landwirte auf DDR-Seite gehört. Die Fa-

milie zog vorsichtshalber ins Fuhrbacher Pfarrheim.

Dass der Paterhof von westlicher Seite nicht aufgegeben wurde und in die sowjetische Zone fiel, sei dem damaligen Oberkreisdirektor Dr. Matthias Gleitze zu verdanken, erzählt Erich Hackethal. Dieser habe sich dafür eingesetzt, dass der 1951 neu gegründete Bundesgrenzschutz (BGS) sich der Sache annahm. „Der BGS aus Hann. Münden rückte an und stationierte sich im Paterhof. Zuerst kampierten die Leute in der Scheune, doch mein Vater bot ihnen die Unterkunft im Wohngebäude an“, berichtet Erich Hackethal.

So wurde der Paterhof der erste Stützpunkt des BGS im Eichsfeld. Denn nach einer zwischenzeitlichen Stationierung in Clausthal-Zellerfeld wurden die Kasernen auf dem Duderstädter Euzenberg erst im Jahr 1956 bezogen, wo der BGS bis zum Mauerfall einen wichtigen Standort hatte und heute die daraus entstandene Bundespolizei untergebracht ist.

Nachdem der Grenzverlauf gesichert war und der BGS, unterstützt von den in Goslar stationierten Engländern, dauerhaft patrouillierte, kehrten die Bewohner des Paterhofs zurück. Erich Hackethal hatte zwar eine landwirtschaftliche Ausbildung abgeschlossen, aber war von dem Gedanken, weiterhin diesen grenznahen Pachtthof ohne eigenes Land zu bewirtschaften, nicht besonders angetan. Doch er hatte seine Annegret, ein



Erlebte wechselvolle Zeiten: Der Paterhof 1946.

EF/Kopie NR

Mädchen aus Fuhrbach, geheiratet, „eine Powerfrau, die uns allen Kraft gab“, sagt er heute noch über seine vor einigen Jahren gestorbene Ehefrau. Annegret Hackethal hatte neue Ideen und machte nach diversen umfangreichen Renovierungsarbeiten ab 1985 eine Ferienpension aus dem einstigen Kloster-Vorwerk.

Erst mit dem Mauerfall 1989 kehrten die alten Sorgen zurück. „Und wieder stellten wir uns die Frage, zu wem wir gehörten. Würde der Hof in Niedersachsen bleiben oder würde sich die Grenze jetzt doch noch ändern?“, schildert Erich Hackethal die erneute Ungewissheit. Da niemand wusste, wie sich die Lage in Deutschland entwickeln würde, war nur eines klar: Zu Thüringen wollte man nicht gehören.

Die niedersächsische Landesgrenze wurde schließlich auch nach der Wiedervereinigung nicht verändert. Doch damit blieben die einst zur Domäne gehörigen Ländereien in Thüringen. Der Paterhof war immer noch ein Landwirtschaftsbetrieb ohne Land. „Aber meine Frau sagte, wir schaffen das. So haben wir im Jahr 2002 den Hof gekauft, und mein Sohn Marc Erik hat ihn im gleichen Jahr übernommen“, sagt Erich Hackethal.

Heute ist der Paterhof nicht nur ein idyllisches Feriendomizil mitten im Eichsfeld, sondern hat weitere wirtschaftliche Standbeine in der Rinderzucht und als Reiterhof aufgebaut. „Meine Familie ist seit 90 Jahren auf diesem Hof und hat hier viel erlebt. Ich werde ebenfalls hierbleiben“, weiß der 33-jährige Marc Erik Hackethal.



Grenznah in den 70ern: Am Zaun wird das Feld gepflügt.

Kopie NR



Der 1752 erbaute Paterhof heute: idyllisches Feriendomizil.

NR



Dokumentieren die Geschichte: Erich (I.) und Marc Erik Hackethal.

NR



Ein Bild im Familienalbum aus glücklichen Zeiten: Lucie Zinke, ehemalige Wirtin des Gelben Hofes in Ecklingerode, und ihr Mann August im Jahr 1936.

Hackethal

„Schießt uns doch gleich tot!“

Tageblatt-Serie zum Mauerfall-Jubiläum / Teil 6: Zwangsenteignungen im Sperrgebiet – auch in Ecklingerode

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 6: Enteignungen im Sperrgebiet

VON CLAUDIA NACHTWEY

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“ Das behauptete Walter Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrats der DDR im Juni 1961 in einer Pressekonferenz. Einige Wochen später, im August 1961, stand die Mauer, die bis zu ihrem Fall 1989 die beiden deutschen Staaten trennte.

Um die Grenze zum Westen abzuriegeln und überwachen zu können, wurden bereits ab den 1950er-Jahren grenznahe Landbesitzer vom DDR-Regime enteignet und in andere Regionen umgesiedelt oder gezwungen, der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) beizutreten. Wer sich weigerte, landete oftmals als Landesverräter im Zuchthaus. 1952 startete die DDR eine großangelegte Operation unter dem Decknamen „Ungeziefer“ mit dem Ziel, politisch Andersdenkende aus dem Sperrgebiet zu entfernen. 1961 folgte die Aktion „Kornblume“ mit dem gleichen Ziel.

Auch im thüringischen Ecklingerode hatte die Bevölkerung

Anfang der 60er-Jahre von Zwangsenteignungen, Umsiedlungen und Verhaftungen gehört. Wie es im Jahr 1960 im kleinen Eichsfelder Dorf zugeht, beschreibt Lucie Zinke, damals Wirtin des Gelben Hofes in Ecklingerode, in einem Brief an die Verwandtschaft in Fuhrbach:

„Lieber Bruder und ihr Lieben alle!

Schwarze Wolken hängen über der Bevölkerung der Ostzone, denn was hier geschieht, schreit zum Himmel... Vor wenigen Wochen wurde eine Versammlung abgehalten, in der der Redner immer schrie: ‚Wir haben es nicht mehr nötig, den Bauern gute Worte zu geben, wir haben es nicht mehr nötig, uns von ihnen auslachen zu lassen.‘ Die Menschen gingen gedrückt und warteten auf das, was nun kommen sollte.

An einem Montag kamen drei fremde Herren. Sie gingen auf das Bürgermeisteramt und sahen in sämtliche Karteien, ob sie nicht erstmal einen als Abschreckmittel anhaken konnten, aber nein. Sie fragten die Leute, die dort etwas zu erledigen hatten, ob sie nicht in die LPG wollten, aber es ging keiner darauf ein. Da kamen am Donnerstag noch zehn Männer, und die Sache fing an, lebhaft zu werden. Diese gingen auf die einzelnen Höfe und bearbeiteten nun die

Leute, aber ohne Erfolg. Am Montag darauf kamen mit einem großen Bus noch 18 Personen. Als der Bus in der Mitte des Dorfes hielt, war es, als ob ein Gewitter kam. Die Menschen liefen in die Häuser und einer suchte beim anderen Rat.

Sie bearbeiteten die Leute, aber ohne Erfolg.

Nun wurde die Sache aber ernst... Immer zwei Mann zogen los, sie ließen die Leute gar nicht zu Worte kommen, es ist freiwillig, aber es geht kein Weg dran vorbei. Wir haben Zeit, wir gehen nicht eher, bis der Ort voll genossenschaftlich ist. Sind Sie für den Krieg oder sind Sie für den Frieden? So, Sie wollen nicht, also sind Sie ein Anhänger Adenauers. Solche Leute können wir hier natürlich nicht gebrauchen, überlegen Sie sich das, wir sind in zwei Stunden wieder hier. Ob Sie in die LPG wollen oder ob Sie eine Reise mit 40 Pfund Gepäck bevorzugen? und so weiter, und so weiter... Abends wurde jeder einzeln aufgefordert, zu einer Versammlung zu erscheinen. Bis 12 Uhr haben sie die Menschen bearbeitet, doch ohne Erfolg. Am anderen Morgen um halb sieben Uhr wurde wieder jeder geholt, egal, ob er Kaffee hatte oder das Vieh fertig hatte oder sich gewaschen hatte oder nicht.

Da ging es rund. Einer schrie, ‚Schießt uns doch gleich tot!‘, der andere wollte sich die Pulsader aufschneiden. Zwei bekamen einen Nervenzusammenbruch, keiner durfte den Hof verlassen. Der eine musste sofort ins Krankenhaus und liegt heute noch.

Um 12 Uhr ging alles nach Hause, abends um acht musste alles wieder da sein. Es wurde der Bevölkerung versprochen, dass sie dieses Jahr nochmal

abernten durften, also jeder seine Ernte für sich behalten durfte. Darauf bekam ein jeder einen vorgedruckten Schein, und alle mussten unterschreiben. Sie fuhren mit dem Auto ins Krankenhaus zum Kranken ans Bett, trotzdem der Arzt es streng verboten hatte, und holten die Unterschrift.

Als alles durch war, veranstalteten sie einen gemütlichen Abend auf dem Saal. Manche waren geschlagen... Dann bekam der Bürgermeister einen Nervenzusammenbruch. Ja, so etwas 15 Jahre nach dem Krieg. Das Dorf war die ersten Tage wie ausgestorben, keiner wollte arbeiten. Aussaat muss jeder bezahlen und herausbringen. Die Fremden waren alle abgefahren. Da kam in der folgenden Wo-

che eine Dame aus Erfurt zum Bürgermeisteramt und sagte, dass im Herbst keiner mehr abernten dürfte. Als man ihr dann sagte, die Herren von der Brigade hätten das vor der Unterschrift erlaubt, antwortete sie, die hätten nichts zu sagen gehabt.

Konnte ein Bauernfang besser sein? ... Die Handwerker wären dieser Sache schon gefolgt, aber die Protestbewegung hat alles gedämpft. Sollten die vereinten Mächte die Volksabstimmung nicht doch durchbekommen? Sehr schwer für uns ist, dass man tatsächlich in den 500-Meter-Streifen Betonpfosten mit siebenfachen Stacheldraht setzen will. Dieses ist für uns furchtbar, denn die Pfosten liegen schon. Hoffentlich wird Berlin nicht zu-

gemacht. Sollten unsere Hilferufe zum Himmel unerhört bleiben? Wir denken an die Worte der lieben Gottesmutter 1917 in Fatima und bitten Euch herzlich, uns im Gebet nicht zu vergessen. Erwähnt bitte vom Inhalt dieses Briefes nichts in Euren Briefen. Viele Grüße von uns allen. Lläuft die Konferenz für uns schlecht aus, kommen wir.“

So endet der Brief aus dem Jahr 1960. Wenige Wochen später flüchtete Lucie Zinke mit ihrer fünfköpfigen Familie in den Westen. Damit die Flucht unauffälliger sein würde, teilte sich die Familie auf: Einigen gelang der Weg in den Westen über Berlin kurz vor dem Mauerbau, eine Tochter konnte über Brehme zu ihren Eichsfelder Verwandten flüchten.



In den 1960er-Jahren: Ernte am Grenzzaun im Westen.

Laatzten



Bei Ecklingerode: Auf dem einstigen Ackerland wird in den 1960er-Jahren die Grenze ausgebaut.

Laatzten

Der Zaun bekommt Löcher

Tageblatt-Serie zum Mauerfall-Jubiläum
Teil 7: Der Abbau der Grenze



Ost und West trifft sich: Mit Platten aus dem DDR-Kolonnenweg wird der Grenzübergang bei Nesselröden befestigt, während sich im Hintergrund Autoschlangen der Schaulustigen bilden.

Engelke

Vor 25 Jahren öffnete die DDR ihre Grenze nach Westdeutschland. In einer Serie erinnert das Tageblatt an die geschichtlichen Ereignisse vor und nach dem Mauerfall. Teil 7: Der Abbau der Grenze

VON CLAUDIA NACHTWEY

„Wenn ihr wollt, könnt ihr aufmachen.“ Diese etwas ratlos klingende Anordnung der Volkspolizei der DDR richtete sich an die überraschten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Böseckendorf. Sie sollten einen Grenzübergang bauen.

Die Mauer in Berlin war vor wenigen Wochen von friedlichen Demonstranten zu Fall gebracht worden. Dieses historische Ereignis versetzte ganz Deutschland in einen einzigen Freudentaumel. Die wenigen Grenzübergangsstellen entlang der 1400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze waren seit dem Mauerfall hoffnungslos überfüllt. Zunehmend wurden weitere kleine Grenzübergänge geschaffen.

Die Freiwillige Feuerwehr war damals, im Dezember 1989, die einzige offizielle Stelle in Böseckendorf, die man mit der Öffnung der Grenze beauftragen konnte. Doch wie beseitigen ein paar Brandschützer ein Bollwerk der Macht, das mit Stacheldraht, Eisengitterzäunen und Minenfeldern jahrzehntlang den Kapitalismus fern und die DDR-Bürger im eigenen Staat halten sollte?

„Den Feuerwehrleuten wurde gesagt, sie würden aus dem Materiallager aus Teistungen versorgt werden. Aber da gab es kein Material, das Lager war dicht“, erzählt Reinhold Frölich. Der Nesselröder hatte schon zu DDR-Zeiten regen Kontakt nach Böseckendorf, da ein Teil

der Verwandtschaft dort lebte. Das kleine Eichsfelder Dorf lag seit dem Aufbau der Grenze in den 1960er-Jahren völlig abgeschirmt im Sperrgebiet der DDR. Familientreffen waren nur in Worbis möglich, da eine Einreise ins Sperrgebiet verboten war. Dem DDR-Regime war zudem das grenznahe Böseckendorf spätestens seit der Massenflucht 1961 suspekt – damals waren 16 Familien über Nacht ins nur drei Kilometer entfernte westliche Immingerode geflüchtet, 13 weitere Dorfbewohner folgten 1963.

Als Frölich am Abend des 9. Novembers 1989 die berühmten gestotterten Worte Günter Schabowskis zum neuen DDR-Reisegesetz hörte – „Das trifft nach meiner Kenntnis...ist das sofort, unverzüglich“ – ahnte der Nesselröder ebenso wenig wie Millionen andere Menschen, was nun folgen würde. „So richtig hat das doch niemand geglaubt“, staunt er auch heute nach 25 Jahren über die Ereignisse im Herbst 1989. Mit der Ausreiseerlaubnis für DDR-Bürger war die Grenzübergangsstelle (Güst) Duderstadt-Worbis quasi über Nacht zum Knotenpunkt im Eichsfeld geworden. Massen passierten täglich die Grenze. Zwei weitere kleine Übergänge waren bereits bei Ecklingerode und Neundorf entstanden. Ein weiterer sollte nun Böseckendorf und Nesselröden nach 40 Jahren Trennung wieder verbinden.

„Guck mal, ob die Hilfe brauchen.“ Mit diesen Worten hatte der Duderstädter Bauamtsleiter

Karl Plumbaum seinen Mitarbeiter Frölich losgeschickt, als er hörte, dass die Eisengitter auch in Böseckendorf fallen sollten. „In diesen Tagen herrschte überall Euphorie. Jeder wollte jedem helfen“, erinnert sich Frölich. Doch wie würde es weitergehen? Die Freude wurde von Skepsis begleitet. Sollte das Blatt sich wenden? Würde das DDR-Regime die Grenze wieder dicht machen?

Frölich ist losgefahren an den Grenzzaun bei seinem Heimatort, um sich ein Bild von der Lage zu machen. „Die Freiwillige Feuerwehr aus Böseckendorf stand dort. Und ein Trecker der LPG. Aber die Leute konnten nichts machen, weil sie kein Material hatten“, beschreibt Frölich die Situation. Es war der Sonnabend vor dem dritten Advent. Wenn nicht jetzt, wer weiß, wann die Grenze sich hier überhaupt öffnen würde, dachte der Nesselröder und rief kurzentschlossen bei der Baustoff-Firma Saenger in Westerode an, um Kies zu bekommen. „Familie Saenger wollte gerade zu einem Geburtstag. Aber als ich der Chefin die Lage erklärte, ging es los“, sagt Frölich.

Ein Weg aus Betonplatten in den Westen

Bagger und Lkw fuhren zur Grenze. Bis nach Einbruch der Dunkelheit wurde Kies aus dem Westen geliefert. Die Böseckendorfer Brandschützer besorgten sich das weitere Material selbst. Kurzerhand bauten sie die Betonplatten vom Kolonnenweg um Böseckendorf ab und verlegten sie auf dem neu entstandenen Kiesweg in den 40 Jahre lang unerreichbaren Westen. „Von DDR-Grenzern und BGS-



Am Schlagbaum beginnt die Grenze: Hier soll im Dezember 1989 ein Verbindungsweg zwischen Böseckendorf und Nesselröden entstehen.

Engelke

Beamten bewacht, waren etwa 20 Leute damit beschäftigt, die Grenze abzubauen und einen Übergang zu schaffen. Die Bürgermeister waren dort, Nesselrödener Bauern halfen mit, und unten an der Straße nach Nesselröden bildeten sich Autoschlangen von Schaulustigen“, erinnert sich Frölich an bewegende Tage.

Die ersten Meter zum bisher abgeschirmten Nachbarort empfand der Nesselröder als unvergessliches Gefühl. „Ich saß im Saenger-Lkw. Wir sind rückwärts gefahren, um Kies abzuladen. Das erste Mal bin ich also rückwärts über unseren Übergang gefahren“, schildert Frölich die bizarre Situation. Immer wieder sei auch die Angst hochgekommen – der misstrauische Blick auf die bewaffneten DDR-Grenzer, die Frage, ob das alles gut gehe. Doch am 17. Dezember, dem

dritten Advent 1989, feierten die Böseckendorfer und Nesselröder gemeinsam ihren Grenzübergang. Aber die Frage blieb. Ist das für immer?

Ein paar Tage später kam der Schock. „Wir waren zur Kirche in Böseckendorf. Mein Verwandter Oswald Eckert kam zu uns und erzählte aufgeregt, dass unser Übergang nicht mehr aufgemacht wird“, sagt Frölich. Sofort war klar: Das wollten sich die gerade wieder vereinten Nachbarorte nicht bieten lassen. „Oswald organisierte die Leute aus Böseckendorf. Ich fuhr über Teistungen und telefonierte mit der Schwester unseres Pfarrers Alois Böning. Sie gab ihm noch während der Messe Bescheid, und er rief die Gemeinde zur Demonstration an unserem Übergang auf“, schildert Frölich die spontane Reaktion der Eichsfelder.

Am geschlossenen Gittertor trafen sich die Demonstranten. Zwei DDR-Grenzer mit Gewehren bewachten den Übergang. Jugendliche Nesselröder liefen auf das Tor zu und rüttelten daran. Das Schloss hielt nicht, das Tor ging auf. „Ich hatte Angst. Niemand wusste, ob die Wachposten schießen würden. Ich rief unseren Jungs zu, dass sie sofort aufhören sollten“, schildert Frölich die brenzlige Lage. Auch auf der DDR-Seite hatten sich inzwischen die Menschen versammelt.

„Die jungen Grenzsoldaten waren mit der Situation überfordert. Auf wen sollten sie schießen? Nach einigem Zögern und bedrückendem Warten ließen sie die Leute durch“, sagt Frölich. Der Übergang blieb seitdem offen. Heute erinnern an diesem Ort zwei Steinskulpturen an die Grenzöffnung und die Wiedervereinigung.



R. Frölich OT



Warten auf Hilfe: Wegen Materialmangel können die Böseckendorfer den Grenzübergang nicht weiter ausbauen.

Engelke



Der Zaun öffnet sich: Die Freiwillige Feuerwehr Böseckendorf wird mit dem Bau eines Übergangs betraut.

Engelke



Der einstige Übergang heute: Zwei Stelen und ein Gedenkstein erinnern an die deutsche Teilung.

Thiele